

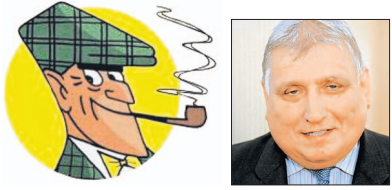
IN KÜRZE

**Nord-SPD will
Altschuldenfonds**

Kiel – Die Nord-SPD fordert die Einrichtung eines Altschuldenfonds für Länder und Kommunen. Das hat der Landesvorstand einstimmig beschlossen. „Der Altschuldenfonds ist eine zwingend notwendige Ergänzung zur Schuldenbremse“, so Landeschef Ralf Stegner. Er schaffe Handlungsspielräume für nötige Investitionen in Bildung und Infrastruktur.

**Nick-Knatterton-Mütze
für Klaus Schlie**

Kiel – Der Landtagspräsident und ehemalige Innenminister Klaus Schlie (CDU, Foto) ist mit der „Nick-Knatterton-Mütze“ ausgezeichnet worden. Der Landesverband des Bundes Deutscher Kriminalbeamter ehrte ihn im Rahmen der traditionellen Aschermittwochsveranstaltung für seinen Einsatz gegen die Rockerkriminalität.



**In Hamburg dürfen
jetzt 16-Jährige wählen**

Hamburg – Die Hamburger Bürgerschaft hat gestern mit der Mehrheit von SPD, Grünen und Linken und einigen FDP-Abgeordneten die Einführung des Wahlrechts für Jugendliche ab dem 16. Lebensjahr beschlossen. Zudem votierte die Bürgerschaft mit der nötigen Zweidrittelmehrheit für eine Verlängerung der Wahlperiode von vier auf fünf Jahre.

**Angriff auf NPD-Mann:
Anklage erhoben**

Lübeck – Nach dem Angriff auf den NPD-Landessprecher Jörn Lemke im November in Lübeck hat die Staatsanwaltschaft Anklage erhoben. Ein 20-Jähriger werde beschuldigt, das Auto gefahren zu haben, mit dem die beiden Angreifer vom Tatort entkommen sind. Spekulationen, es habe sich um einen Racheakt gegen Lemke aus der rechten Szene gehandelt, seien nicht bestätigt worden.

**St. Pauli: Mutmaßliche
Räuber in U-Haft**

Hamburg – Zwei Männer, die am Dienstag ein Juwelergeschäft auf St. Pauli überfallen und den Inhaber schwer verletzt haben sollen, sitzen in Untersuchungshaft. Den 39 und 40 Jahre alten Tatverdächtigen wird gemeinschaftlicher schwerer Raub und gefährliche Körperverletzung vorgeworfen, wie die Staatsanwaltschaft gestern mitteilte.

LN ONLINE

Am besten geklickt

- 1 **Neustadt:** Angler erwischt Prachtexemplar
 - 2 **Lübeck:** Die Zahl der Bankfilialen schrumpft
 - 3 **Lübeck:** Heftiger Streit um Buntekuhs „Mitte“
 - 4 **Fastenzert:** Sieben Wochen ohne Laster?
 - 5 **Berkenthin:** Autodiebstahl lähmt Sozialstation
- Lesen Sie im Internet:
www.ln-online.de

TV TIPPS

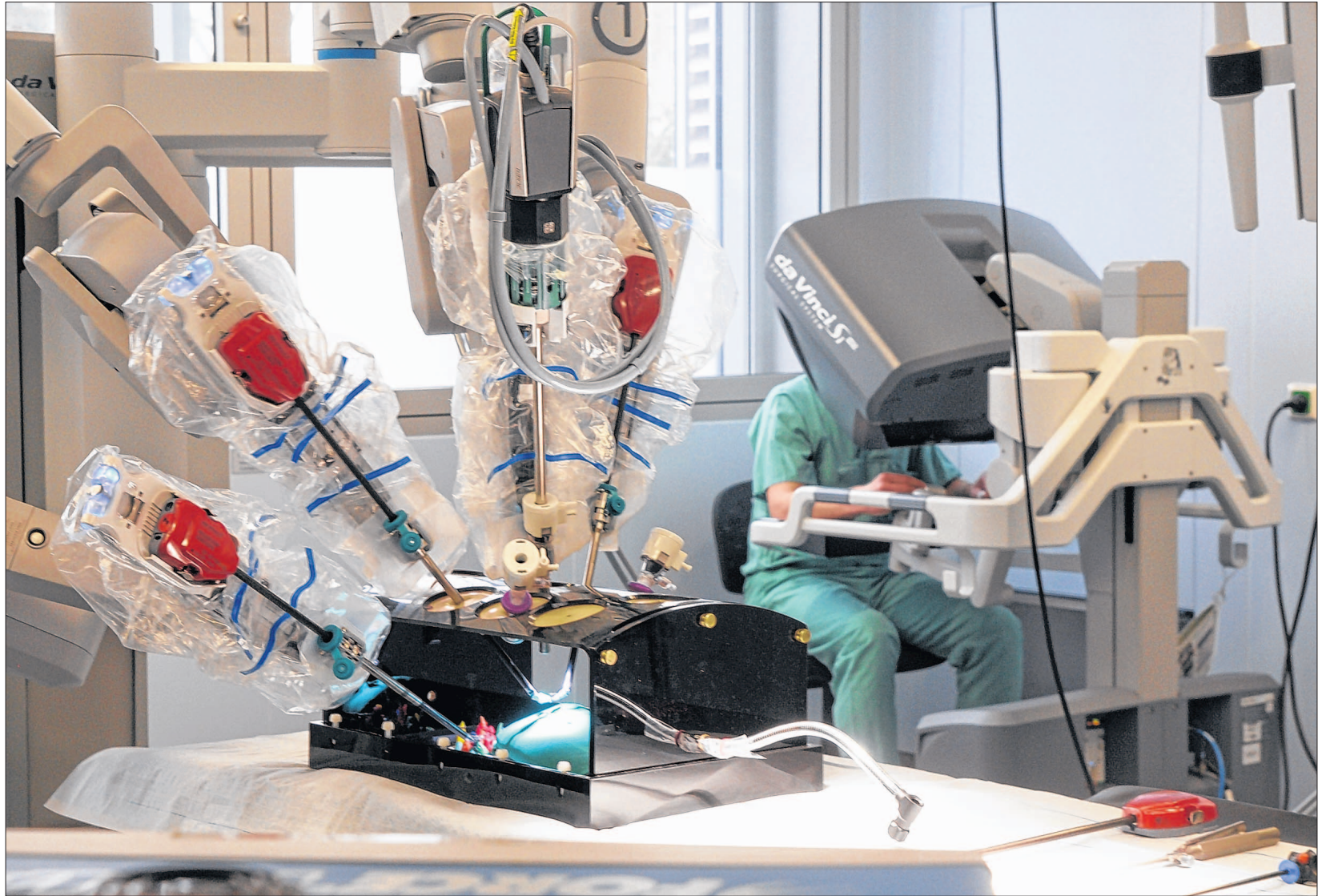
- 17.30 Sat.1 Regional – Thema u. a.: Schwesternschüler übernehmen Krankenstation im UKSH
18.00 RTL Nord – Thema u. a.: THW-Handballer drehen Filmspots gegen Rechtsextremismus
19.30 NDR Schleswig-Holstein-Magazin – Thema u. a.: Nato-Prüfung bei der Luftwaffe in Jagel
19.30 NDR Nordmagazin – Thema u. a.: Winterpause im Vogelpark

Mensch und Roboter vereint: Neues OP-System in Kiel

Kiel – Zwei kleinen Scheren an großen Greifarmen zerschneiden auf dem OP-Tisch in der Urologie des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein (UKSH) in Kiel ein Stück Stoff – zu Demonstrationszwecken. Im Ernstfall können sie eine vom Krebs befallene Prostata heraus-schneiden oder eine Niere operieren. Sie bewegen sich aber nur scheinbar von selbst. Der Operateur, der alles steuert, sitzt einige Meter entfernt an einer Konsole, das Gesicht in einem Okular verborgen. Die Konsole, die Roboterarme und die Software bilden zusammen das roboterassistierte OP-System „da Vinci“, das das UKSH sich für 2,3 Millionen Euro angeschafft und gestern vorgestellt hat.

„Das ist das teuerste medizinische Gerät, was zur Zeit auf dem Markt vorhanden ist“, sagt Jens Scholz, Vorstandsvorsitzender des UKSH. Für Klaus-Peter Jünemann, den Direktor der Klinik für Urologie, ist es der Beginn einer neuen Ära. „Was wir nie für möglich gehalten haben, ist Wirklichkeit geworden“, schwärmt er: „Wir stehen praktisch im Patienten.“ Er betont aber: „Der Roboter operiert nicht, sondern der Chirurg.“

Der Operateur sitzt barfuß an der Konsole und steuert die Geräte und Kameras von „da Vinci“ mit Händen und Füßen. Die Maschine zeigt ihm seinen Gegenstand in bis zu 15-facher Vergrößerung aus verschiedenen Perspektiven und überträgt die Bewegungen seiner Hände im Verhältnis 5:1 bis 3:1 – das heißt, sie kann bis zu fünfmal so präzise arbeiten wie die menschliche Hand allein. Außerdem kann sie Bewegungen ausführen, zu denen die Hand nicht fähig ist – zum Beispiel eine Drehung in einem Zug um bis zu 540 Grad.



Von seiner Konsole im Hintergrund aus steuert Carsten Maik Naumann, Leitender Oberarzt der Urologie am UKSH in Kiel, die Roboter-Greifarme des „da-Vinci“-Systems. Prostata-Operationen können damit präziser und schonender gemacht werden als je zuvor. Foto: Marco Ehrhardt

Das Ergebnis: Die Schnitte sind viel kleiner, es fließt weniger Blut, es wird weniger Gewebe geschädigt, und noch weniger Männer als vorher haben nach einer Prosta-

ta-Operation Kontinenz- oder Potenzprobleme. Das Gerät soll auch in der allgemeinen Chirurgie und in der Gynäkologie zum Einsatz kommen. Mit der entsprechenden

Software lässt es sich auch als Simulator nutzen. Das UKSH will in Kiel ein Zentrum für Roboterchirurgie gründen und Chirurgen dafür ausbilden. Die Hälfte der Kosten für

das „da-Vinci“-System trägt die Damp-Stiftung, den Rest teilen sich das UKSH, das Land und die Deutsche Forschungsgemeinschaft. kab

Komatrinken: Eltern sollen zahlen

AOK in Schleswig-Holstein gab im Jahr 2011 rund 350 000 Euro für Behandlung betrunkenen Jugendlicher aus.

Von Oliver Vogt

Kiel/Berlin – 853 Kinder und Jugendliche ab zehn Jahren wurden 2011 mit akuter Alkoholvergiftung in Schleswig-Holstein behandelt – fast 100 mehr als noch 2010 (762). Zahlen, die für Jens Spahn, den Gesundheitsexperten der CDU-Bundestagsfraktion, „nicht mehr hinnehmbar“ sind. Er fordert jetzt, Eltern an den Behandlungskosten ihrer Kinder zu beteiligen.

In Fällen, in denen sich Kinder ins Koma trinken, schlage die Behandlung „sicher mit zwei- bis dreitausend Euro zu Buche“, sagte Spahn. Eine Eigenbeteiligung von 50 oder 100 Euro sei da angemessen. „Ich meine, das Geld für den Wodka war ja auch da“, fügt Spahn hinzu. Eltern müssten auch an ihre Erziehungsverantwortung erinnert werden.

Beifall kommt von der CDU-Fraktion Schleswig-Holstein. „Ich unterstütze den Vorschlag“, sagt der gesundheitspolitische Sprecher Karsten Jasper. Dabei gehe es schließlich nicht nur darum, den Krankenkassen die durch jugendliche Komatrinker entstehenden Kosten zumindest teilweise zu erstatten. „Ich verspreche mir davon eine Abschreckung mit präventiver Wirkung. Den Jugendlichen und ihren Eltern wird hoffent-

lich deutlich gemacht, dass Komatrinken kein Spaß ist, sondern tödlich enden kann“, führt Jasper aus.

Obwohl „Komasaufen“ bereits seit Jahren ein großes Problem darstellt, ist es bisher immer noch nicht gelungen, den Trend umzukehren. Zahlen für 2012 liegen bislang zwar nicht vor. Die AOK Schleswig-Holstein rechnet aber damit, dass auch die Fallzahlen für das vergangene Jahr angestiegen sind. Allein bei der AOK beliefen sich 2011 die Kosten für Behandlung und Notfalltransport von Kindern und Jugendlichen mit Alkoholvergiftung auf 350 000 Euro.

„Diese alarmierende Entwicklung muss dringend gestoppt werden. Komasaufen ist kein Sport oder Wettbewerb, sondern schädigt die Gesundheit der jungen Menschen massiv“, sagt AOK-Sprecher Jens Kuschel.

Schleswig-Holsteins Gesundheitsministerin Kristin Alheit (SPD) hält es in dem Zusammenhang zwar für erforderlich, auch Eltern an ihre Verantwortung zu erinnern. Geld von ihnen zu verlangen, hält sie aber für den falschen Weg: „Ein Kind oder Jugendlicher mit Alkoholvergiftung muss zum Arzt! Und alles, was dagegen als Hemm-

schwelle wirken könnte, sollte vermieden werden“, argumentiert die Ministerin. Eine „Strafpauschale“, wie von der CDU gefordert, könne aber so ein Hemmnis sein.

Die steigenden Zahlen bei den Fällen von Komatrinken seien auch nicht unbedingt nur eine schlechte Nachricht, erklärt Regina Kostrzewa, Geschäftsführerin der Landesstelle für Suchtfragen (LSSH) in Kiel. Sie zeigte, dass die Gesellschaft auf das Problem aufmerksam geworden sei. „Heute wird dann lieber einmal zu viel der Notarzt gerufen, wenn man einen betrunkenen Jugendlichen sieht“,

sagt Kostrzewa. Und das sei auch gut so. „Eine Strafzahlung könnte diesen Trend wieder umkehren, und das kann man auf keinen Fall wollen.“ Das Phänomen des Komasaufens sei auch nicht so neu wie vielfach angenommen. Früher hatten Jugendliche in der öffentlichen Wahrnehmung schlicht „einen über den Durst getrunken“.

Peter Eichstädt, Gesundheitsexperte der SPD im Landtag, bezeichnet den CDU-Vorstoß daher als „Schnapsidee“. „Mit solchen schlichten Maßnahmen ist diesem komplexen Problem nicht beizukommen.“



„Das Geld für den Wodka war ja auch da“. CDU-Gesundheitsexperte Jens Spahn. Foto: dpa, Roeßler



„Ein Kind mit Alkoholvergiftung muss zum Arzt!“ Gesundheitsministerin Kristin Alheit (SPD).

Immer mehr Alkoholvergiftungen

26 349 Kinder und Jugendliche sind im Jahr 2011 in Deutschland nach einer am Dienstag veröffentlichten Erhebung des Statistischen Bundesamts mit einer Alkoholvergiftung in ein Krankenhaus eingeliefert worden. Das waren mehr als doppelt so viel wie vor zehn Jahren und auch mehr als 2010, als 25 995 derartige Fälle gezählt wurden. 38 Prozent der von den 2011 eingelieferten Kinder und Jugendlichen waren weiblich. Einen Anstieg gab es auch in der Gruppe der zehn bis 15-Jährigen. Ihre Zahl wuchs im Vorjahresvergleich um 2,1 Prozent auf 4161.

90 074 Personen über 20 Jahre wurden 2011 mit Alkoholvergiftung stationär behandelt – fast eine Verdoppelung im Vergleich zum Jahr 2003 (50 310). „Das Problem betrifft Jugendliche genauso wie Erwachsene“, sagt Raphael Gaßmann, der Geschäftsführer der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen (DHS). „Die ganze Gesellschaft trinkt immer gefährlicher.“ Die Jugend orientiere sich in ihrem Verhalten lediglich an erwachsenen Vorbildern. Zu beobachten sei, dass die Zahl der Alkoholvergiftungen steige, der Pro-Kopf-Konsum jedoch konstant bleibe.

Streit ums Schulgesetz

CDU will Bildungskonferenz abwarten.

Kiel – Zwischen Landesregierung und Opposition ist ein Streit über die für kommende Woche geplante Änderung des Schulgesetzes entbrannt. Die CDU fordert wegen der Bildungskonferenz Ende Februar eine Verschiebung. Seine Fraktion werde heute im Bildungsausschuss die Absetzung der zweiten Lesung des Schulgesetzes von der Tagesordnung der Plenarsitzung beantragen, sagte CDU-Fraktionschef Johannes Callens gestern. Der Koalition warf er vor, den Bildungsdialog im Falle einer Verabschiedung der Änderung des Schulgesetzes aufzukündigen.

Die Koalition aus SPD, Grünen und SSW will den Ist-Zustand in der Schullandschaft vorläufig erhalten. Nach dem Willen von Bildungsministerin Waltraud Wende (parteilos) soll sich bis zum Schuljahr 2014/2015 in dieser Frage nichts ändern. Laut Gesetzentwurf dürfen bestehende G 8-Gymnasien künftig kein Abitur nach neun Jahren anbieten. G 9-Gymnasien sollen kein zusätzliches G 8-Angebot schaffen. Zugleich ermöglicht der Entwurf aber die Einrichtung von Oberstufen an den Gemeinschaftsschulen, an denen bisher noch kein Abitur erworben werden kann.

Afghanistan: Boostedt plant den Rückzug

Mehr als 100 Bundeswehr-Soldaten aus dem Norden in der Türkei im Einsatz.

Boostedt – Rückzug aus Afghanistan: Die Bundeswehr beginnt mit der bislang größten logistischen Operation ihrer Geschichte. Heute startet dazu nach Bundeswehrrangabgaben ein Frachtschiff von Emden aus in Richtung Türkei. In der Schwarzmeer-Hafenstadt Trabzon richtet die Bundeswehr einen Umschlagplatz für den Rücktransport ein. Organisiert wird der Einsatz vom Logistikbataillon 162 und dem Instandsetzungsbataillon 166 aus Boostedt (Kreis Segeberg).

Lediglich sogenannte sensitive Daten wie empfindliche Aufklärungstechnik soll auf dem direkten

Luftweg nach Deutschland zurückgeholt werden. Der überwiegende Teil des Materials soll zunächst auf dem Luftweg von Mazar-el-Sharif nach Trabzon gebracht werden. Dort sollen die Boostedter Soldaten 3500 Container-Ladungen und 1100 Fahrzeuge per Seeweg in Richtung Deutschland schicken.

Oberstleutnant Ullrich Kraus, der Kommandeur des Logistikbataillons 162, spricht von der größten und komplexesten Operation in der Geschichte der Bundeswehr. Bis zu 40 Soldaten aus Boostedt werden dafür ab dem 3. März in Afghanistan stationiert. Mehr als 100

Soldaten aus dem Norden organisieren die Logistik am Hauptumschlagplatz Trabzon. Ein Vorauskommando ist bereits seit Januar im Einsatz. Ende 2014 soll die internationale Schutztruppe für Afghanistan (Isaf) der Nato vom Hindukusch abgezogen werden.

Im Januar waren deutsche Patriot-Flugabwehrraketen an der türkisch-syrischen Grenze stationiert worden. Die 170 Soldaten kommen aus Mecklenburg-Vorpommern (aus Sanitz und Bad Sülze), Kommandeur Marcus Ellermann stammt vom Flugabwehraketen-geschwader 1 in Husum.